

zu|ruf

Eine unangenehme Demokratie

VON NICO STEHR

Die Klimaforschung sagt uns, was getan werden muss, aber warum wird es nicht getan? Führende Klimaforscher, aber auch Medienvertreter wie der *New-York-Times*-Kolumnist und Bestsellerautor Thomas Friedman betonen, die Menschheit stehe an einem Scheideweg. Um eine global nachhaltige Lebensweise zu realisieren, brauchen wir eine „große Transformation“ (Hans Joachim Schellnhuber). Was genau damit gemeint ist, bleibt oft vage.

Teil, wenn nicht sogar das Herzstück dieser großen Transformation ist in den Augen mancher Klimaforscher ein anderes Politikregime: „Wir benötigen eine autoritäre Regierungsform, um den Konsens der Wissenschaft zur Treibhausgasemission zu implementieren“ (so die Australier David Shearman and Joseph Wayne Smith in ihrem Buch „The Climate Change Challenge and the Failure of Democracy“). Der amerikanischen Klimaforscher James Hansen fügt resignierend und zugleich frustriert, aber auch ungenau hinzu, „der demokratische Prozess funktioniert nicht“ im Fall der Klimaveränderung.

Warum wird der radikale politische Wandel um jeden Preis überhaupt als notwendig erachtet? Zum einen ist die Klimapolitik offenbar nicht in der Lage, ihre eigenen bescheidenen Ziele, wie sie beispielsweise in dem auslaufenden Kyoto-Abkommen fixiert sind, zu realisieren. Demokratisch organisierte Gesellschaften sind zu schwerfällig, um den Klimawandel zu vermeiden; sie handeln weder rechtzeitig noch umfassend. Die „großen Entscheidungen“ müssten ein starker Staat und Staatenverbünde treffen. Die endlose Debatte sollte ein Ende haben. Und damit wird die Demokratie in den Augen dieser Beobachter zur unangenehmen Demokratie.

Die wachsenden Zweifel an der Funktionalität demokratischer Verhältnisse gehen Hand in Hand mit einer weiteren Eskalation der Warnungen über die apokalyptischen Folgen der

Klimaerwärmung für die Menschheit. Das sogenannte Global Humanitarian Forum warnt in einem jüngsten Bericht vor jährlich 300 000 Hitzetoten und Verlusten von 125 Milliarden Dollar.

Der Erfolg der bisher dominanten Klimapolitik ist ausgeblieben. Ergebnis der gegenwärtigen weltweiten Rezession ist eine nicht intendierte Reduktion des ansteigenden CO₂-Ausstoßes. Die globalen Reaktionen auf die Wirtschaftskrise zeigen allerdings sehr deutlich, dass keine Regierung eine Verminderung wachsenden Wohlstands für ihre Bevölkerung als den Königsweg zur Emissionsbekämpfung ansieht. Im Gegenteil, alle in Gang gesetzten Maßnahmen zielen auf eine Wiederaufnahme des Wirtschaftswachstums. Mit dem Anspringen der Konjunktur werden auch die Emissionen wieder steigen. Nur ein „Super-Kyoto“ kann uns noch helfen.

Aus der Summe dieser Überlegungen entsteht die Einsicht, dass die Demokratie für das Klimaproblem nicht geeignet sei. Das demokratische System zum Ausgleich von Interessen müsse angesichts einer alles überschattenden Gefahr versagen.

Der Diskurs der Ungeduldigen privilegiert hegemonische Akteure wie zum Beispiel Weltmächte, Staaten, transnationale Organisationen, multinationale Konzerne. Partizipative Strategien kommen nur selten vor. Klimaforscher ziehen aus Überlegungen dieser Art den ebenso bedenklichen wie falschen Schluss, dass nur autoritär geführte politische Staaten wirksame und richtige Entscheidungen zum Problem Klima treffen können. Unsere Geschichte lehrt uns, dass das Gegenteil der Fall ist. Deshalb kann das heutige China in dieser Hinsicht kein Vorbild sein.



NICO STEHR

lehrt am Karl-Mannheim-Lehrstuhl für Kulturwissenschaften an der Zeppelin-Universität Friedrichshafen am Bodensee



Und wie viel Effizienz?

Kennzeichen des 3,0-Liter-V6-Turbodiesel im Cayenne Diesel sind die im Vergleich zu einem Ottomotor hohe Verdichtung und der sehr gute thermische Wirkungsgrad. Ergebnis: geringer Verbrauch, niedrige Emissionen. Hohe Effizienz gilt auch für die Benziner: Die Benzindirektspritzung (Direct Fuel Injection – DFI) spritzt den Kraftstoff mit 120 bar millisekundengenau ein. Für mehr Leistung und höheres Drehmoment bei weniger Verbrauch und CO₂-Emissionen.



PORSCHE